



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1
—
21

DER „FALL NAWALNY“. STRUKTURELLE GEWALT GEGEN DIE OPPOSITION IN RUSSLAND

von Marina Solntseva



Demonstrierende für die Freilassung Nawalnys stehen im Januar 2021 in Moskau Polizeieinheiten gegenüber.

Foto: picture alliance/dpa/Sputnik/Fotograf: Evgeny Odinkov

Die Entscheidung der russischen Behörden, Alexej Nawalny, Russlands bekanntesten Oppositionspolitiker, zu dreieinhalb Jahren Haft zu verurteilen und etwa 60 Meilen östlich von Moskau in die Strafkolonie Nummer 2 zu schicken, hat internationale Aufmerksamkeit erregt, zuletzt wegen des inzwischen beendeten Hungerstreiks Nawalnys. Laut der offiziellen Position der russischen Behörden wurde Alexej Nawalny verurteilt, weil er gegen Bewährungsauflagen aus einem früheren Urteil verstoßen haben soll. Er wurde im Januar 2021 nach seiner Rückkehr aus Berlin festgenommen, wo er wegen einer in Russland erlittenen Vergiftung behandelt worden war.



Das Gefängnis Nr. 2, in dem Alexej Nawalny seine Strafe abbüßen muss, in Pokrov, Russland

Foto: ullstein bild/SNA/STF

Nawalny hat seine Verurteilung als politisch motiviert bezeichnet und macht den russischen Präsidenten Putin persönlich für den Giftanschlag verantwortlich. Die russische Regierung weist jedoch jede Beteiligung von sich.

Russland hat eine der weltweit höchsten Inhaftierungsraten und die viertgrößte Gefängnisbevölkerung der Welt; außerdem ist sein Gefängnisssystem oft Gegenstand internationaler Schlagzeilen.¹ Darüber hinaus leidet das Strafvollzugssystem des Landes unter chronischer Unterfinanzierung, Korruption und weit verbreitetem Missbrauch. Fast 100.000 Gefangene warten monate- oder jahrelang in der Untersuchungshaft auf ihr Gerichtsverfahren. So befanden sich allein im Januar 2019 99.722 Insassen in Haft,² die noch nicht wegen eines Verbrechens verurteilt worden waren.

Die russischen Medien dokumentieren seit Jahren Fälle von Folter und liefern unzählige Beispiele für die unge löste Krise im Gefängnisssystem. Einer der wenigen öffentlich bekannten Fälle ist die Folter in der Kolonie N1 in Jaroslawl, wozu Russland im UNO-Komitee gegen Folter (CAT) 2018 befragt wurde.³

Nur wenige Fälle struktureller Gewalt gegen Oppositionspolitiker erhalten eine breite Berichterstattung in Massenmedien (im Vergleich zur Häufigkeit der Verurteilungen). Der „Fall Nawalny“ wurde allerdings zum internationalen Politikum.

Strafkolonie und Hungerstreik haben dem Oppositionellen inzwischen gesundheitlich schwer zugesetzt. Die Gefängnisleitung weigert sich allerdings, ihn medizinisch adäquat behandeln zu lassen. Erst am 23. April 2021 hat Alexej Nawalny seinen dreieinhalbwöchigen Hungerstreik beendet, nachdem zuvor Zehntausende in Russland demonstriert hatten, um auf seine Lage aufmerksam zu machen.

Nawalnys Organisationen haben am 30. April 2021 ihre Arbeit in zahlreichen russischen Regionen eingestellt, weil sie als „extremistisch“ eingestuft wurden, was mit langjährigen Haftstrafen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden wäre. Hier liegen ganz offensichtlich staatliche Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionelle vor.⁴

1 Vgl. Die USA haben die meisten Gefangenen weltweit, in: Statista, <https://de.statista.com/infografik/5560/gefangene-pro-100000-einwohner/> [Stand: 29.03.2021].

2 Vgl. *Introducing Russian Limbo*, in: Center for European Policy Analysis (CEPA), <https://cepa.org/introducing-russian-limbo/> [Stand: 29.03.2021].

3 Vgl. *VOON sprosil Rossiju o video s py' tkami v jaroslavskoj kolonii*, in: RBC, <https://www.rbc.ru/society/25/07/2018/5b5854349a7947e3330fd1b4> [Stand: 29.03.2021].

4 Vgl. dazu <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/russland-alexej-nawalny-arbeitsverbot-justiz-leonid-wolkow> [Stand: 07.05.2021].

Verschiedene Formen der strukturellen Gewalt

Gewalt und Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionelle umfassen jedoch vielfältigere Maßnahmen als „nur“ Folter in Gefängnissen. Sie äußern sich in:

1. physischer Gewalt gegen Oppositionsführer;
2. Gewalt durch staatliche Zwangsmaßnahmen;
3. immanenter Gewalt durch Unterdrückung individueller und politischer Rechte.

Zudem hat Gewalt in Russland systematischen Charakter, d. h., sie findet auf allen Ebenen (auf legislativer, exekutiver und judikativer) statt. So schaffen die Staatsduma (das nationale Parlament) und die regionalen Parlamente zunächst einen gesetzlichen Rahmen für die Anwendung von Gewalt. Die Polizei und die Vertreter der Geheimdienste und des Militärs (*Silowiki*) implementieren danach diese Gesetze. Die Gerichte bestätigen sie und rechtfertigen damit die Gewalt.

Die staatlichen Institutionen und die *Silowiki* erhöhen die Zahl der Straftaten – nicht deswegen, weil die Zahl der Verstöße zunehmen würde, sondern weil neue Fälle künstlich geschaffen werden, um die Existenz der Institutionen durch den Nachweis ihrer Wirksamkeit zu rechtfertigen. So erzeugt und genehmigt das System Gewalt. Dies ist besonders deutlich am Beispiel der Kontrolle über Demonstrationen in Russland zu sehen; durch tiefgreifende Maßnahmen wurden die gesetzgeberische Grundlage für die Kontrolle und Einschränkung kollektiver Ausdrucksformen geschaffen und die Anwendung von Gewalt legitimiert.

Die Unterdrückung der Oppositionspolitikerinnen und -politiker sowie -aktivistinnen und -aktivisten in Russland hat bereits einen institutionellen Charakter angenommen: Rechtspraxis wurde bereits geschaffen. Dahinter stehen institutionelle bzw. bürokratische Interessen, die sich zum Teil verselbständigt haben – sogar dem Kreml selbst scheint hier die Kontrolle entglitten zu sein, wie z.B. von Untersuchungsausschüssen und dem Zentrum zur Bekämpfung des Extremismus (eine Abteilung des Innenministeriums, auch bekannt als „Zentrum E“). Zugespielt könnte man formulieren: Weder Putin noch Duma-Vorsitzender Wolodin sperren Menschen ein, sondern Institutionen tun dies.⁵

5 Vgl. Grigory Okhotin: *Politicheskie repressii: na puti k institucionalizacii, in: Instituty i praktiki avtoritarnoj konsolidacii. Politicheskoe razvitie Rossii. 2014–2016*, S. 164, <https://publications.hse.ru/mirror/pubs/share/folder/8up59974iv/direct/201379172.pdf> [Stand: 09.03.2021].



Alexej Nawalny während seines Prozesses in Moskau am 2. Februar 2021
Foto: ullstein bild/SNA

Der Kreml übernimmt zwar die Rolle der gesetzlichen Legitimation von Repressionen (Gesetze werden in Russland von der Legislative, also der Duma, verabschiedet, aber der Präsident ratifiziert diese Gesetze und genehmigt sie dadurch). Gleichzeitig spielt er die Rolle eines Schiedsrichters: Er kann einen bestimmten Oppositionspolitiker freilassen, wie es beispielsweise im Falle von Michail Chodorkowski geschehen ist, der im Jahre 2013 nach seinem Gnadengesuch überraschend begnadigt und freigelassen wurde.

Alexej Nawalny, Oppositionspolitiker und Protest-Leader

Alexej Nawalny gehört schon lange zur vordersten Reihe der russischen Oppositionspolitikerinnen und -politiker. Er startete seine politische Karriere 1999 in der linksliberalen Jabloko-Partei, aus der er jedoch Jahre später ausgeschlossen wurde. Der Ausschluss wurde mit Nawalnis nationalistischen Ansichten begründet. Nawalny engagierte sich dann beim „Russischen Marsch“, einer Bewegung rechtsnationaler, rechtsextremer und frem-

denfeindlicher Kräfte. Später distanzierte er sich teilweise davon.⁶

Im Oktober 2012 wurde er an die Spitze eines neu geschaffenen Koordinierungsrates der russischen Opposition gewählt. Bei der Bürgermeisterwahl in Moskau im September 2013 erhielt er 27 Prozent der Stimmen und gilt seitdem als unumstrittener Anführer der Anti-Putin-Opposition. Oft wird Alexej Nawalny als Populist bezeichnet, der gegen die Korruption der Eliten in Russland kämpft und einen Antikorruptionsfonds ins Leben gerufen hat.

Darüber hinaus ist er Vorsitzender der 2012 gegründeten Kleinpartei „Russland der Zukunft“ (vormals „Volksallianz“ und „Fortschrittspartei“). 2016 gab er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2018 bekannt. Antreten konnte er letztendlich aber nicht, weil er aufgrund von vorherigen Verurteilungen vorbestraft war und nicht zugelassen wurde.⁷

6 ZDF: Der Fall Nawalny, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-der-fall-nawalny-100.html> [Stand: 04.05.2021].

7 Vgl. ebd.

Allerdings hat sich Alexej Nawalny vor allem deswegen bei der Regierung unbeliebt gemacht, weil er und sein Team vom „Fonds zur Korruptionsbekämpfung“ Massenproteste organisiert hatten.

Als Reaktion auf seinen investigativen YouTube-Dokumentarfilm⁸ über die Korruptionsskandale⁹ des russischen Premierministers Dmitri Medwedew folgten ca. 88.000 Menschen dem Aufruf des Oppositionspolitikers und gingen am 26. März und 12. Juni 2017 in 97 Städten in ganz Russland auf die Straße.¹⁰ Diese Ereignisse kamen völlig unerwartet für die russische Regierung, vor allem wegen einer ungewöhnlich hohen Beteiligung von jungen Leuten und Minderjährigen, und markierten den Anfang eines wiederkehrenden Problems, welches die russische Regierung noch lange beschäftigen wird. Seit 2017 gibt es in Russland immer wieder Massenproteste, sodass das Wort „Protest“ in Russland sogar zum Wort des Jahres 2019 gekürt wurde.¹¹

Genauso hat der bereits nach Nawalneys Verhaftung von seinen Mitarbeitern veröffentlichte investigative YouTube-Film über Putins Palast am Schwarzen Meer im Januar 2021 zu massenhaften Protesten geführt, da dieser sowohl in Russland als auch weltweit für enorme Aufmerksamkeit gesorgt hatte. So waren die meisten Protestaktionen zur Unterstützung von Alexej Nawalny nicht erlaubt; dennoch wuchsen die Demonstrationen am 23. und 31. Januar 2021 nach seiner Inhaftierung zu den größten nicht-autorisierten Protesten Russlands an. Mehr als hundert Städte und hunderttausend Demonstrierende waren beteiligt (ganz zu schweigen von den zahlreichen Solidaritätsaktionen der russischsprachigen Community im Ausland), und für Verhaftungen bei Kundgebungen in Russland wurde ein neuer „Rekord“ aufgestellt – insgesamt wurden ca. zwölftausend Personen während der Januar-Proteste festgenommen.¹²

8 Alexej Nawalny: *Film On vam ne Dimon* („Für euch ist er kein Dämon“) (2017), https://youtu.be/qrwk7_GF9g und <https://dimon.navalny.com> [Stand: 05.03.2021].

9 Vgl. Sabine Fischer: Anti-Korruptions-Proteste in Russland, in: SWP-Aktuell 2017/A50, <https://www.swp-berlin.org/publikation/anti-korruptions-proteste-in-russland/> [Stand: 05.03.2021].

10 OVD-Info und Medusa Project (2017), <https://meduza.io/feature/2017/06/07/protestnaya-karta-rossii> [Stand: 05.03.2021].

11 Laut Expertenrat unter der Beteiligung russischer Schriftsteller, Philologen, Linguisten, Journalisten, Kulturwissenschaftler und Philosophen, <https://www.svoboda.org/a/30320422.html> [Stand: 05.03.2021].

12 Vgl. „*Twelve thousand were detained, including 761 minors*“ *Internal FSB report sheds new light on the number of protesters and detentions at January's pro-Navalny demonstrations*, in: Meduza, <https://meduza.io/en/feature/2021/03/09/twelve-thousand-were-detained-including-761-minors> [Stand: 09.03.2021].

Es wäre nicht richtig zu sagen, dass diese Proteste in Russland nur dank der Aktivitäten von Alexej Nawalny stattfinden. Schon 2011/12 hatten sich die sog. Bolotnaya-Proteste¹³ gegen den Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen 2011 formiert. Sie stellten eine der größten Protestwellen im modernen Russland dar und führten zu erheblichen Änderungen der Gesetzgebung im Bereich Versammlungsfreiheit und bei der administrativen sowie strafrechtlichen Verfolgung von Demonstrierenden.¹⁴ Daraufhin kam es zu einer fünfjährigen Pause in der Protestbewegung, die erst 2017 durch die von Alexej Nawalny ausgelösten Massenproteste unterbrochen wurde.

Im Unterschied zu den Bolotnaya-Protesten betreffen die derzeitigen Proteste nicht nur die Großstädte wie Moskau und St. Petersburg, sondern verbreiten sich auch in vielen regionalen Zentren. Die jeweilige Agenda der Proteste ist sehr unterschiedlich und umfasst verschiedene politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Themen (z.B. Widerstand gegen die Rentenreform, Verfassungsänderung, Mülldeponien und Internet-Zensur). Dennoch haben die Protestaktionen von Alexej Nawalny große Aufmerksamkeit von Seiten der Behörden erfahren und besonders harte Gegenreaktionen ausgelöst.

Staatliche Reaktion auf Proteste und Interaktion zwischen Demonstrierenden und Behörden

Obwohl die russischen Behörden über sämtliche Kontrollinstrumente verfügen, um die Dynamik des Protests von oben zu beeinflussen, sehen sie sich dazu gezwungen, ihre Methoden und Strategien für den Umgang damit ständig zu aktualisieren. Dabei benutzt man differenzierte Methoden auf gesetzlicher, administrativer und informeller Ebene und demonstriert eine restriktive Politik gegenüber kollektiven Protestaktionen, um die Versammlungsfreiheit und die Tätigkeit oppositioneller Politiker einzuschränken.

13 Der Bolotnaya-Platz (wörtlich: Sumpfplatz) befindet sich im Stadtzentrum in der Nähe des Moskauer Kremls und war der Hauptort der Protestbewegung 2011/2012 (einige Forschungen definieren unter dem Begriff Bolotnaya-Proteste den Zeitraum 2011–2013). Die Proteste wurden nach dem Platz benannt, weil dort am 10. Dezember 2011 die erste Massendemonstration gegen Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen stattfand; allerdings handelt es sich bei diesem Begriff um eine Reihe verschiedener Protestaktionen, die an unterschiedlichen Orten und nicht nur auf dem Bolotnaya-Platz abgehalten wurden. Diese Proteste werden unter dem gebräuchlichen Namen Bolotnaya-Proteste zusammengefasst (ähnlich dem darauffolgenden Bolotnaya-Strafverfahren).

14 Vgl. Graeme Robertson: *Protesting Putinism. The Election Protests of 2011–2012 in Broader Perspective*, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 60 (2) (2013), S.11–23.



Proteste von Navalny-Anhängern in Berlin, Januar 2021

Foto: Marina Polovinkina

Die Strategien variieren dabei je nach der Form des Protests, wobei sie sich von Region zu Region stark unterscheiden. Beispielsweise werden einige Protestaktionen mit lokaler Agenda selektiv zugelassen (z.B. die sog. „Müllproteste“ gegen die Umweltpolitik des Kremls¹⁵ oder Proteste gegen den städtischen Umbau),¹⁶ während regierungskritische Proteste meistens verboten werden.¹⁷

Die legislative Ebene der Gewalt

In den letzten Jahren wurde in Russland Schritt für Schritt eine Reihe von Gesetzen eingeführt, welche bürgerliche Rechte und Freiheiten einschränken und zusätzliche Mög-

lichkeiten für die Anwendung von Gewalt schaffen. So wurde etwa die Tätigkeit von NGOs durch das „Ausländische-Agenten-Gesetz“ erschwert. Ebenso folgten mehrere Maßnahmen, um die Pressefreiheit und den Datenschutz in sozialen Netzwerken zu beschneiden. Gewalt gehört in Russland zum Alltagsrepertoire; das zeigt auch, dass ein Gesetz gegen häusliche Gewalt von der russischen Regierung durch weitgehende Entkriminalisierung des Tatbestandes entschärft wurde.¹⁸ Die Pandemie hat die Einschränkung der Freiheit in Russland noch zusätzlich verschärft. Wie viele andere europäische Länder, die von der Coronavirus-Krise betroffen sind, hat Russland die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen während der Pandemie verboten. Aber das autoritäre Regime schränkte zusätzlich die Meinungsfreiheit ein, indem ein nationales Gesetz verabschiedet wurde, um die Verbreitung von „Fake News“ über COVID-19 zu beenden. Das Verbot öffentlicher Veranstaltungen wird durch die unterschiedliche Auslegung der Regionalbehörden auch sehr unterschiedlich gehandhabt. An einigen Orten waren maximal

15 Die Protestierenden gingen in Moskau, St. Petersburg u.a. auf die Straße und forderten die Einführung einer ordentlichen und sachgerechten Mülltrennung; siehe dazu <https://www.dw.com/de/proteste-gegen-muellentsorgung-in-russland/a-47349839> [Stand: 10.05.2021].

16 Diese Proteste richteten sich beispielsweise gegen das Moskauer Wohnraumsanierungsprogramm, die sog. „Renovierung“; siehe dazu <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/399/stolitschnaja-praktika-das-moskauer-wohnraumsanierungsprogramm-fuer-die-regionen/> [Stand: 10.05.2021].

17 Vgl. dazu <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen31718/analyse-haushaltsmuellentsorgung-in-russland> [Stand: 07.05.2021].

18 Vgl. Misha Gabowitsch: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur, Berlin 2013, S. 268 f.

50 Teilnehmer erlaubt, während andere bis zu 100 oder 1.000 Personen zuließen. Teilweise wurde aber auch ein vollständiges Verbot verhängt. Das betraf in Moskau und Sankt Petersburg sämtliche Proteste, unabhängig von ihrem Umfang, einschließlich Protestaktionen von Einzelpersonen (z.B. in dem Fall, wenn nur eine Person mit einem Plakat auf der Straße steht).¹⁹

Nachdem der prominente Journalist und Moskauer Lokalpolitiker Ilya Azar am 28. Mai 2020 zur Unterstützung des politischen Aktivisten Vladimir Vorontsov (auch bekannt als „Police Ombudsman“ – ein ehemaliger Polizist, der Berichte über Missbrauch innerhalb des Ministeriums veröffentlichte und für die Transparenz innerhalb des Ministeriums kämpfte)²⁰ einen Einzelprotest gegen Polizeigewalt organisiert hatte und daraufhin inhaftiert worden war, kam es in ganz Russland zu einer Reihe friedlicher Einzelproteste. Diese individuellen Ein-Mann-Demonstrationen aus Solidarität mit Azar endeten in weiteren Verhaftungen und erregten internationale Aufmerksamkeit, sodass die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatovic, erklärte: „COVID-19 kann keine Entschuldigung sein, um die Meinungsfreiheit einzuschränken.“²¹

Die meisten Änderungen hat mithin das russische Versammlungsgesetz²² erfahren. Zwischen den 1990er Jahren und der zweiten Hälfte der Putin-Medwedew-Putin-Periode gab es eine deutliche Veränderung der Protestformen in Russland mit einer Abnahme von symbolischen Protesten, Industriestreiks, Hungerstreiks usw. und einer Zunahme von Demonstrationen und Märschen, für welche eine Genehmigung der Behörden erforderlich war. So wurde das Verfahren zur Anmeldung einer Demonstration nach den Bolotnaya-Protesten deutlich komplizierter. Es wurden Beschränkungen auf regionaler Ebene eingeführt und Orte definiert, an denen Protest nicht erlaubt ist (zum Beispiel in der Nähe von Regierungsgebäuden, Gerichten, regionalen Parlamenten und weiteren wichti-



Der Journalist Ilya Azar, aufgenommen im Januar 2021 in Moskau
Foto: picture alliance/dpa/TASS/Fotograf: Sergei Savostyanov

gen Objekten der staatlichen Infrastruktur). Umgekehrt wurden spezielle, für Demonstrationen vorgesehene Orte eingeführt, die sogenannten „Hyde-Parks“, wo man protestieren darf (z.B. der Sokolniki-Park in Moskau). Früher ermöglichten es diese Orte, Protestaktionen ohne vorherige Genehmigung durchzuführen, aber in letzter Zeit schreiben die Behörden vor, dass man sich nur dort und nirgendwo anders versammeln darf. Dadurch wurde die Dimension des Protestraums erheblich verändert. Für Demonstrierende wird es sehr schwierig, einen Ort zu finden, an dem ein „legaler“ Protest überhaupt möglich ist. Zum Beispiel fallen in Nischni Nowgorod 73,65 % der Stadtfläche unter das „verbotene Gebiet“,²³ in dem keine Proteste gestattet sind.

Desgleichen wurde die Möglichkeit zur Teilnahme von Minderjährigen an Demonstrationen begrenzt. Die letzte Veränderung zum Versammlungsgesetz vom 30. Dezember 2020 sieht vor, dass mehrere individuelle Mahnwachen als eine kollektive Aktion zu betrachten sind,²⁴ obwohl Solo-Aktionen bisher die einzige Art des Protests waren, für die keine vorherige Zustimmung der Behörden erforderlich war.

19 Vgl. z.B. <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/307900/covid-19-in-russland-14-04-2020> [Stand: 07.05.2021].

20 Vgl. *Russian police stage online flashmob to support jailed community leader*, in: Meduza, <https://meduza.io/en/feature/2020/05/11/russian-police-stage-online-flashmob-to-support-jailed-community-leader> [Stand: 05.03.2021].

21 Council of Europe Rights Commissioner Dunja Mijatovic, in: Twitter, https://twitter.com/CommissionerHR/status/1266029459473403905?ref_src=twrc^tfw|twcamp^tweetembed|twterm^1266029459473403905|twgr^|twcon^s1_c10&ref_url=https://observatoryhr.org/news/russian-outcry-as-journalists-detained-for-peaceful-protests/ [Stand: 05.03.2021].

22 Vgl. *Federal'nyj zakon O sobraniyah, mitingah, demonstraciayah, shestviyah i piketirovaniyah* ot 19.06.2004 N 54-FZ, http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_48103/ [Stand: 05.03.2021].

23 Vgl. Projekt „*Forbidden territory*“, in: OVD-Info, <https://tn.ovdinfo.org/english> [Stand: 05.03.2021].

24 Vgl. *Federal'nyj zakon „O vnesenii izmenenij“ v Federal'nyj zakon „O sobraniyah, mitingah, demonstraciayah, shestviyah i piketirovaniyah“* v. 30.12.2020 N 497-FZ (poslednyaya redakciya), http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_372674/ [Stand: 05.03.2021].

Diese und weitere gesetzliche Einschränkungen bilden die Grundlage, um kollektive Aktionen gänzlich zu verhindern, da aus einer bloßen Anmeldung zur Durchführung einer Demonstration eine Art „erlaubnisbedürftiger Genehmigungsanfrage“ geworden ist. Die Methode der Vorab- bzw. Nichtgenehmigung von Versammlungen (oder „Verbotsmethode“) führt dazu, dass es schwierig bzw. fast unmöglich ist, eine gesetzeskonforme Versammlung zu organisieren. Manchmal schlagen die Behörden einen alternativen Veranstaltungsort vor (zum Beispiel weit entfernt am Stadtrand), was für die Demonstrierenden keinen Sinn hat, da die Sichtbarkeit des Protests verloren geht. Dieses Vorgehen wird immer wieder vom Europarat und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) kritisiert. Laut dem EGMR sollten die Behörden bei der Organisation einer Protestaktion helfen und die Sicherheit während der Aktion gewährleisten, statt die Protestaktionen zu verhindern.²⁵

Oppositionelle sind, selbst wenn ihre Handlungen im legalen Rahmen liegen, immer noch institutionalisierter Gewalt ausgesetzt, da diese den Rahmen der Legalität autonom festlegt und auf ein absolutes Minimum begrenzt, etwa, indem die Möglichkeit zu protestieren, auf bestimmte Gebiete reduziert wird. Hier kann von einem Moment auf den anderen das, was legal war, illegal werden, wenn eine völlig friedliche Demonstration absichtlich oder unfreiwillig auf ein bestimmtes Gebiet gerät. In dieser Situation scheinen Konfrontationen mit institutionalisierter Gewalt unvermeidlich.

Umsetzungsebene: das Silowiki-System und Gerichtsverfahren

Auf der exekutiven Ebene werden Strafverfolgungsmethoden zur Kontrolle von Protestaktivitäten angewandt. Die Praktiken reichen von Bußgeld über Festnahme von bis zu 14 Tagen nach dem russischen Verwaltungsordnungsgesetz bis hin zu Fällen der strafrechtlichen Verfolgung und Inhaftierung von zwei bis fünf Jahren.

Nach den Aktionen im Januar und Februar 2021 zur Unterstützung von Alexej Nawalny wurden die Geldstrafen für Ungehorsam gegenüber Sicherheitsbeamten bei Kundgebungen um das Zwei- bis Vierfache erhöht.²⁶ Das Innenministerium berichtete über die Einleitung von 90

25 S. ECHR Judgement: Lashmankin and Others v. Russia, 29.05.2017.

26 Vgl. *V. Rossii uvelicheny shtrafy za nepovinoenie silovikam na mitingah*, in: RG.RU, <https://rg.ru/2021/02/24/putin-podpisal-zakon-o-shtrafah-za-nepovinoenie-silovikam-na-mitingah.html> [Stand: 09.03.2021].

Strafverfahren.²⁷ Die am weitesten verbreitete Anschuldigung war die angebliche Gewalt gegen einen Beamten.²⁸ Trotz der großen Anzahl von Fällen der Gewalt gegen Demonstrierende durch Polizeibeamte ist aus den letzten zehn Jahren nur ein Fall bekannt, bei dem ein Verfahren wegen Gewalt durch die Polizei eingeleitet wurde.²⁹ Die derzeitige Protestkultur in Russland ist sicherlich weitgehend gewaltfrei und hat einen überwiegend friedlichen Charakter, aber der Widerstand gegen einen Polizisten wird durch die Behörden mit einer äußerst geringen Toleranzgrenze als etwas Bedrohliches angesehen – günstigstenfalls als eine Ordnungswidrigkeit, schlimmstenfalls als Straftat.³⁰

Um die Frage der staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionelle in vollem Umfang zu verstehen, ist es entscheidend zu definieren, welche Rolle der Sicherheitsapparat (*Silowiki*) im heutigen Russland spielt. *Silowiki* (abgeleitet vom russischen Wort für „Macht“ oder „Stärke“) ist im russischen Sprachgebrauch der Sammelbegriff für Vertreter von Sicherheitsstrukturen.

Unter *Silowiki* werden neben der Polizei auch verschiedene staatliche und soziale Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie Sicherheitseinrichtungen verstanden, zum Beispiel die Streitkräfte, Geheimdienste und Sicherheitskräfte. Die häufigsten Sicherheitsinstitutionen, die während der Proteste tätig sind, sind *Rosgwardia*, OMON, FSB und FSO:

- Die *Rosgwardia* oder Nationalgarde der Russischen Föderation (Abkürzung: *Росгвардия/Rosgwardiya*) stellt die interne Einsatztruppe der russischen Regierung dar, bestehend aus einem unabhängigen Gremium, das dem Präsidenten als Oberbefehlshaber und Vorsitzender des Sicherheitsrates direkt unterstellt ist. Die Nationalgarde ist von den russischen Streitkräften getrennt. Die Behörde wurde 2016 gegründet, um die Staatsgrenzen zu sichern, den Terrorismus zu bekämpfen und den Schutz der öffentlichen Ordnung zu sichern.

.....

27 Vgl. *Oficial'naya informaciya*, in: Press-centr MVD Rossii, <https://mvdmedia.ru/news/official/ofitsialnaya-infgormatsiya/> [Stand: 09.03.2021].

28 Vgl. *Obviniya uchastnikov akcij v nasilii v otnoshenii predstavitelej vlasti Kak primenyaetsya stat'ya 318 UK i v chem specifika nakazaniy po «mitingovym» delam*, in: OVD-Info, <https://ovdinfo.org/reports/obviniya-uchastnikov-akcij-v-nasilii-v-otnoshenii-predstaviteley-vlasti#1> [Stand: 09.03.2021].

29 Vgl. ebd.

30 Andrey Kolesnikov: *Tri fronta obschestva grazhdan": usilenie konfliktnosti*, Carnegie Moscow Center, https://carnegie.ru/2019/02/27/ru-pub-78453#_ednref17 [Stand: 09.03.2021].



Proteste nach den russischen Präsidentschaftswahlen 2012

Foto: wikicommons/Okorok

- Die OMON oder „Mobile Einheit besonderer Bestimmung“, eine Einheit der *Rosgvardia*, gilt als ein Teil der innenpolitischen Machtinstrumente der russischen Regierung. Sie wird häufig bei Protesten eingesetzt.
- Der FSB, der „Föderale Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation“, ist der innere Sicherheitsdienst. Der FSB gilt als Nachfolger des KGB (= Komitee für Staatssicherheit), des sowjetischen In- und Auslandsgeheimdienstes.
- Der FSO („Föderaler Dienst zum Schutz der Russischen Föderation“) hat als Schutzdienst die Hauptaufgabe, für die Sicherheit des russischen Präsidenten und der russischen Regierung zu sorgen.

Diese Behörden zusammen mit der Polizei ermöglichen es, die Opposition in großem Ausmaß einzuhegen. Durch die Reform der *Silowiki*-Ministerien unter Putin wurde die Fähigkeit des Staates zur Ausübung von Gewalt (Einsatz von Zwangsmitteln, um Recht, Gesetz und die eigenen Interessen durchzusetzen) erhöht.³¹ So erhielten die Behörden eine

zusätzliche Kontrolle über den Protest und über die Ressourcen, die von der Opposition benötigt werden, um einen Protest zu organisieren (z. B. Zugang zu Social Media).

Gerichte stützen die Behörden zielgerichtet bei ihrem Vorgehen, wobei die einschlägigen die Prozesse selbst oft unter massiven Gesetzesverstößen durchgeführt werden. Sie inszenierten etwa Schauprozesse wie den „Fall Nawalny“, den „Bolotnaja-Prozess“ nach den Protesten Jahren 2011 bis 2013 und den „Moskauer Fall“ – ein Strafverfahren gegen Demonstrierende während der Protestkundgebungen für faire Wahlen in Moskau im Sommer 2019. So endeten die Bolotnaya-Proteste mit Schauprozessen, bei denen 35 Demonstrierende angeklagt waren. Bereits im Jahr 2012 wurden drei aufeinanderfolgende Strafverfahren gegen Alexej Nawalny eingeleitet, und seit Herbst 2012 haben sich die Methoden des Umgangs mit der Opposition völlig geändert: Seitdem laufen zahlreiche Strafverfahren und Verhaftungswellen.

Informelle Praktiken

Im Übrigen werden auch informelle Kontroll-Praktiken angewandt (z. B. Einschüchterung von staatlichen Beamten, Studierenden in den Hochschulen und minderjähri-

.....
³¹ Vgl. Brian Taylor: *State Building at Putin's Russia. Policing and Coercion after Communism*, Cambridge 2011.



Protestcamp am Brandenburger Tor in Berlin, April 2021
Foto: ullstein bild/snapshot-photography

gen Schülerinnen und Schülern). Außerdem wurde vor Kurzem ein spezielles Gesetz über Bildungsaktivitäten verabschiedet, welches russische Bürgerinnen und Bürger, vor allem Schulkinder und Studierende, „vor antirussischer Propaganda schützen soll, die unter dem Deckmantel von Bildungsaktivitäten präsentiert wird“.³²

Die negative Darstellung der Protestierenden in den Massenmedien verschärft diesen einschüchternden Effekt. So werden repressive Methoden durch die informellen Praktiken begleitet und in den Massenmedien gerechtfertigt.

Physische Gewalt gegen führende Oppositionelle

Die Gewalt nimmt verschiedene Formen an: politisch motivierte Strafen, Verhaftungen und informelle einschüchternde Methoden. Am Ende führt dies zu Formen unmittelbarer physischer Gewalt gegen die politische bzw. oppositionelle Elite (wie etwa die Vergiftung von Nawalny oder die Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemtsov und der Journalistin Anna Politkowskaya zeigen).

.....
32 *Kakim budet novyj zakon o prosvetitel'skoj deyatel'nosti?*, in: Duma, <https://duma.gov.ru/news/50970/> [Stand: 09.03.2021].

Allerdings hat diese Art von Repression in Russland eher einen punktuellen und nicht massenhaften Charakter und ist vor allem gegen die Wortführer der politischen Opposition gerichtet. Gleichzeitig ist sie kaum berechenbar und kann das tägliche Leben von russischen Bürgern und Bürgerinnen beeinflussen (z.B. mit Strafen für Posts in sozialen Netzwerken).

Gewaltfreier Protest und ziviler Ungehorsam

Die Opposition in Russland wird von einer Minderheit gestellt; die Mehrheit der Gesellschaft dagegen verhält sich eher apathisch. Die von Letzterer unterstützten Eliten schaffen Gesetze und definieren darin, welche Vorschläge oder Formen des Widerstandes der Opposition rechtmäßig seien und welche nicht.³³ So hat das bestehende System das Recht, die Grenzen der Legalität festzulegen.³⁴

Die Anerkennung des Rechts auf Widerstand, nämlich des zivilen Ungehorsams, ist die Annahme, dass ein höhe-

.....
33 Vgl. Herbert Marcuse: *Das Problem der Gewalt in der Opposition*. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt am Main 1980.
34 Vgl. ebd., S. 52.



Arbeiter übermalen ein Graffiti mit dem Bild Nawalyns in Sankt Petersburg, 28. April 2021. Der Text neben dem Bild lautet in deutscher Übersetzung: „Der Held der neuen Zeit“.

Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: Anton Vaganov

res Recht als das positive Recht (d. h. förmliche parlamentarische Gesetze) existiere. Dadurch entsteht der folgende Rechtskonflikt: Einerseits hat die bestehende Regierung das Gewaltmonopol durch das Recht, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Versammlungsfreiheit festzulegen. Im Gegensatz dazu besitzt die Opposition quasi ein natürliches Widerstandsrecht.

Dieser Konflikt der beiden Rechtsverständnisse, des Rechts auf Widerstand und der institutionalisierten Gewalt, birgt die ständige Gefahr einer Kollision.³⁵ In Russland widersetzen sich die Menschen den Behörden, die selbst gegen das Gesetz verstoßen (insbesondere gegen Artikel 31 der Verfassung über die Versammlungsfreiheit), und gleichzeitig haben die Behörden alle Möglichkeiten, ihre Handlungen rechtlich zu rechtfertigen.

.....
35 Vgl. ebd., S. 53.

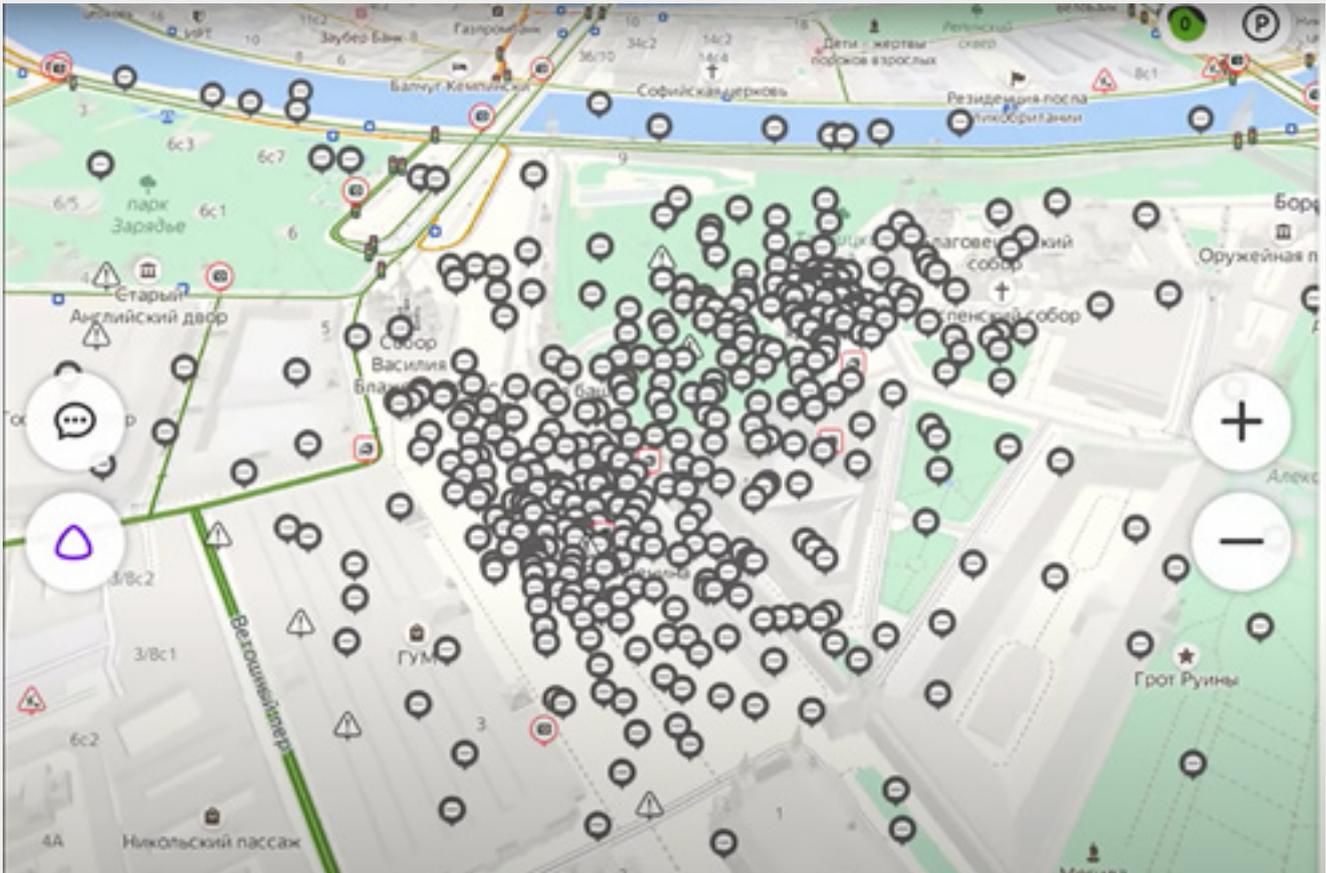
Die Fälle von Gewalt seitens der Protestierenden sind im Verhältnis selten; sogar relativ harmlose Aktionen wie das Wegwerfen eines Papierbechers in Richtung Polizei werden mitunter als Gewalt ausgelegt.³⁶

Andererseits sind nicht wenige Forscherinnen und Forscher ohnehin der Ansicht, dass gewaltfreie Bewegungen in autoritären Regimen sich als fähiger erwiesen haben, bestimmte Ziele zu erreichen, als gewalttätiger Widerstand.³⁷

In Gesellschaften, in denen Gewalt zum Alltag gehört, erweist sich bewaffneter Widerstand demzufolge häufig als unwirksam. Südafrika, Indien, Chile und die Philippinen sind die bekanntesten Beispiele gewaltfreier Theorie

.....
36 *Urna, butylka, stakanchik. V chem obvinyayut uchastnikov akcii 27 iyulya*, in: Radio Svoboda, <https://www.svoboda.org/a/30097352.html> [Stand: 09.03.2021].

37 Vgl. Gabowitsch (wie Anm. 18); sowie Erica Chenoweth/Maria Stephan: *Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict*, New York 2011.



Beispiel einer organisierten virtuellen Protestaktion

Abbildung: Screenshot aus: <https://www.youtube.com/watch?v=ndoiT9DaM2M> [Stand: 07.05.2021].

und Praxis. Durch den Verzicht auf Gewalt konnten die sozialen Bewegungen in diesen Ländern demokratische Bestrebungen und ein wichtiges Menschenrecht öffentlichkeitswirksam demonstrieren: das Gleichheitsprinzip. Gewaltloser Widerstand blüht in den Zwischenräumen: in autoritären Staaten und unter Kolonial- und Besatzungsregimen.³⁸

Vielmehr tendieren die Protestierenden und Oppositionspolitikerinnen und -politiker in Russland dazu, ihren Protest online zu zeigen – durch Kommentare unter YouTube-Clips und das Verbreiten von Tik-Tok-Videos sowie kritischen Posts in weiteren sozialen Medien. So hat sich ein Phänomen der Online-Proteste während der Pandemie entwickelt. Der Coronavirus-Lockdown hat den Behörden in Moskau und mehreren anderen russischen Regionen nicht nur die Gelegenheit gegeben, neue QR-Systeme

für die digitale Überwachung der Bewegungsfreiheit zu testen, sondern brachte auch neue und kreative Formen des digitalen Protests hervor. Auf Yandex Maps – der russischen Alternative zu Google Maps – veranstalteten User beispielsweise virtuelle Proteste gegen die Selbstisolation, indem sie den virtuellen Verkehr blockierten oder Online-Stecknadeln mit ihren Forderungen in der Nähe lokaler Regierungsgebäude veröffentlichten.

Auch am 14. Februar 2021, bereits nach der Verurteilung von Alexej Nawalny, haben seine Anhänger die Online-Aktion „Liebe ist stärker als Angst“ gestartet, die zur Blockierung von Posts auf Twitter führte.³⁹ Ob ein Online-Protest den Behörden schaden kann, ist fraglich. Ganz im Gegenteil spielt dieses Vorgehen der Regierung in

39 Vgl. Alena Epifanova: *Can Russia's craving for digital sovereignty succeed?*, https://www.raamoprusland.nl/dossiers/media/1829-can-russia-s-craving-for-digital-sovereignty-succeed?fbclid=IwAR0bZz7dhqxfU5AZW7mhc9h_F-vYPKGPAN7jSmsajbYVgaJk1BoL_KKdtw [Stand: 29.03.2021].

38 Vgl. ebd., S. 276.

die Hände bei ihrem Ziel, den Protest von den Straßen in den Online-Raum zu verlagern. Die russischen Oppositionellen stehen also vor der Entscheidung, Opposition als rituelles Ereignis oder als Widerstand, als zivilen Ungehorsam, zu gestalten.⁴⁰ Nichtsdestotrotz bilden soziale Netzwerke und Online-Medien in einer Situation, in der die Meinungsfreiheit in den Massenmedien begrenzt ist, einige der wenigen möglichen Räume zur Meinungsäußerung.

Momentan ist es in Russland kaum vorstellbar, mit Gewalt für die eigenen politischen Rechte zu kämpfen, da man die direkte Gewaltanwendung gegenüber dem Staat aufgegeben hat und sich in einer Tradition des gewaltlosen Protests verortet. Paradoxe Weise gibt es aus historischen Gründen gleichzeitig auch eine traditionelle Angst vor einer gewalttätigen russischen Revolution, die sowohl unter Demonstrierenden als auch unter staatlichen Behörden besteht.⁴¹

Die Proteste in Russland bedrohen weder kurz- noch mittelfristig die Existenz von Russlands politischer Führung. So spielt Protest vor allem die Rolle von Feedback gegenüber Problemen, die man in den staatlichen Strukturen erkennt – zum Beispiel bei dem Thema Korruption. Korruption: ein Punkt, der von Alexej Nawalny hervorgehoben und auf die Agenda des öffentlichen Diskurses gesetzt wurde.

Laut der soziologischen Forschung zu den Veränderungen in der russischen Gesellschaft im Jahr 2018 wurden

weder Aggressivität der Befragten gegenüber den Behörden noch aggressive Protestgefühle festgestellt. Demgegenüber wachse die Bereitschaft, sich an sozialen Bewegungen zu beteiligen.⁴² Gleichzeitig zeigten die Befragten die Bereitschaft, ihre Rechte zu verteidigen, aber der Kampf um Respekt solle „ausschließlich friedlich und rechtmäßig (respektvoll)“ stattfinden.⁴³ Darüber hinaus ist eine Verlagerung von externen zu intrinsischen Motivationen zu erkennen, was bedeutet, dass die Proteststimmungen nicht nur durch externe Faktoren, sondern auch durch die Steigerung der internen Motivation des Einzelnen getragen werden. Beispielsweise steigt die individuelle Verantwortung in Krisensituationen, während umgekehrt die Motivation zum Engagement abnimmt, wenn der Staat genügend Hilfe zur sozialen Absicherung der Menschen leistet, und umgekehrt: Wenn der Staat genug soziale Hilfe leistet, bleibt die Motivation nur von den externen Faktoren abhängig.⁴⁴

So findet die Konfrontation zwischen den Demonstrierenden und dem Staat nicht nur auf den Straßen, sondern auch in rechtlichen Räumen statt: Russische Bürgerinnen und Bürger sammeln Erfahrungen und praktische Fähigkeiten, um Petitionen und Beschwerden zu schreiben, organisieren Kundgebungen und mobilisieren eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern. Unter diesen Umständen sind ihre rechtlichen Kenntnisse wertvoller als körperliche Gewalt. ▀

40 Vgl. Marcuse (wie Anm. 33), S. 51 f.

41 Vgl. Gabowitsch (wie Anm. 18), S. 272 ff.

42 Vgl. Mikhail Dmitriev: *Osenniy perelom v soznanii rossian: mimolenny vsplek ili novaya tendentsia*, <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2018/12/24/790106-ot> [Stand: 29.03.2021].

43 Ebd.

44 Vgl. ebd.

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Sog. Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 durch Anhänger*innen Donald Trumps
© Foto: picture alliance/REUTERS/Shannon Stapleton

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte
Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Telefon: 089 9541154-00, Fax: 089 9541154-99, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

